

## **Rede des Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen und Landesvorsitzenden der CDU Thüringen, Herrn Dieter Althaus MdL auf dem 21. Landesparteitag der CDU Thüringen am 2. Dezember 2006 in Dermbach**

Schlanker Staat, Entbürokratisierung. Wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode in der Fortsetzung der Politik von Bernd Vogel aufgemacht, konkret weiter zu verschlanken. Über 80 Behörden abgeschafft, umstrukturiert und ihre Aufgaben neu definiert.

Über 7.000 Personalstellen werden abgebaut. Damit haben wir erhebliche Ausgabenkürzungen in den nächsten Jahren, die uns insgesamt bei der Konsolidierung unseres Haushaltes zugute kommen. Und jetzt diskutieren wir im zweiten Schritt mit unseren Kommunen, mit den kommunalen Spitzen – Michael Brychcy, Rüdiger Dohndorf und all den Mitgliedern darüber, wie man die Aufgaben noch stärker auf die Ebenen konzentriert, wo sie eigentlich wahrzunehmen sind.

Ich bin dankbar, dass wir ein faires und offenes Gespräch haben und im nächsten Jahr zu Entscheidungen kommen.

Und ich bin auch dankbar, dass wir uns Länder als Beispiel genommen haben, die an dieser Stelle auch beispielgebend sind: Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, die Nachbarn in Sachsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht bei der Aufgabenreform immer darum, dass wir möglichst bürger- und problemnah die Aufgabenabarbeitung organisieren. Wenn wir die Betroffenheits-ebene, wo immer möglich, zur Entscheidungsebene machen, dann verwalten wir effizienter. Dann gestalten wir erfolgreicher und deshalb bleibt es dabei, wir werden im nächsten Jahr diese Aufgaben-reform abschließen und werden – da bin ich mir ganz sicher – im Nachgang mehr Effizienz und Bürgernähe in unserer Verwaltung haben. Das werden wir durchsetzen mit den Kommunen gemeinsam im Konsens, dafür stehe ich.

Und dann kommt ständig in der Debatte das große Stichwort: Gebietsreform in Thüringen. Dass das die Freunde der Opposition tagtäglich in den Mund nehmen, liegt auf der Hand. Wenn wir in zwölf von 17 Landkreisen führen, dann liegt es auf der Hand, dass man diese Struktur zerstören will und neue Strukturen bilden will.

Ich sage aber auch ganz klar und das auch aus der Erfahrung der letzten 16 Jahre: Die Kleingliedrigkeit Thüringens ist ein Urwert für die Heimatorientierung und die Fundamentierung unserer Menschen und auch der Union.

Wir reden oft in einer offenen Gesellschaft über Identität, über kulturelle Orientierung, über Bindung. Wo soll sie denn wachsen? Sie wächst genau in dieser Struktur Thüringens, wo die Menschen wissen, zu welcher Gemeinde sie gehören, wo die Menschen erfahren wer für sie kommunalpolitische Verantwortung übernimmt und trägt. Wo man weiß, wenn in einem Kreistag über einen Schulstandort entschieden wird, wo dieser Schulstandort ist und wo man ihn sogar kennt und deshalb, liebe Freunde, mag die Opposition täglich darüber diskutieren. Weder im Wahlprogramm noch in meiner Regierungserklärung haben wir eine große Gebietsreform angekündigt. Wir wollen die Struktur mit Leben erfüllen und mit den Menschen verbinden, weil wir nicht die Anonymität wollen, sondern die Verbindung zu den Menschen. Deshalb werden wir die Aufgabendiskussion weiterführen, aber nicht ständig Strukturdebatten.

Deswegen muss man über die Qualität der Gestaltungsebenen diskutieren, muss man sie politisch aufwerten. Keine Frage, das werden wir tun – auch nach diesem Parteitag in einer Arbeitsgruppe. Aber diese ewigen Strukturdebatten, sind im Regelfall immer Entschuldigungsdebatten.

Wenn man in den Westen nach 1968 schaut – die großen Schuldebatten waren immer Strukturdebatten. Statt sich um die Inhalte zu kümmern, hat man Strukturdebatten geführt. Und deshalb gilt in allen Politikfeldern: Man braucht die richtige Struktur, aber vor allen Dingen geht es um Qualität und Inhalt, damit diese Struktur ihre Aufgaben gut erfüllen kann. Und ich kann nur sagen: Wir haben leistungsfähige Landkreise, wir haben tolle Landräte, im Besonderen die benannten 12, und wir müssen diese Landkreise und diese Gemeinden auch leben, damit die Menschen auch Heimat erhalten und in diesen Gemeinden erfolgreich ihr Leben verwirklichen können.

Lassen Sie mich ein zweites Stichwort ansprechen, das in den letzten Monaten auch bundesweit zu einem Top-Thema geworden ist: die Familie.

Wir haben eine hervorragende Verfassung in Thüringen. Und damals haben die Entwickler dieser Verfassung sehr fein formuliert, und ich will sehr bewusst zitieren. Im Artikel 6

unseres Grundgesetzes steht im Absatz 1: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Es geht weiter im Absatz 2: „Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder für andere sorgt, verdient Förderung und Entlastung.“ Im Absatz 3: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“

Liebe Freunde, das ist ein Fundament auf dem eine Gemeinschaft steht. Wer Ehe und Familie in ihrem Grundbestand in Frage stellt, und wer nicht alles tut, damit Ehe und Familie eine gute Zukunft hat, der kann auch Gesellschaft nicht organisieren. Gesellschaft beruht auf Gemeinschaft und Gemeinschaft wird zu allererst in der Familie gelebt.

Das ist der inhaltliche Aspekt. Und das war der Grund, warum wir das „Forum Familie“ gegründet haben. Einige sind heute da, die es mitbegründet haben. Das war im Jahr 2001, vor über 5 Jahren. Und im letzten Jahr haben wir dann konkret auf den Tisch gelegt, was wir umsetzen wollen. Mit der Familienoffensive wollen wir dem inhaltlichen Aspekt noch mehr Rechnung tragen.

Aber es gibt auch einen praktischen Aspekt. Wenn man Jahr für Jahr 10 Millionen Euro mehr ausgibt, in einem System, das leider nicht wächst, weil die Kinderzahl nicht zunimmt und diese 10 Millionen auch nicht begründbar sind durch steigende Einkommen, ganz im Gegenteil. Dann stimmt etwas nicht. Dann muss man Verantwortung übernehmen und eine Reform durchführen.

Und deswegen war die Familienoffensive inhaltlich richtig, aber sie war auch strukturell richtig, weil sie das Kind wieder in den Mittelpunkt der Förderung rückt.

Und jetzt höre ich, gehen die Beiträge auseinander, plötzlich werden die Eltern hier anders behandelt als dort. Die Beitragsunterschiede waren vor zwei Jahren exorbitant 3 bis 400 Prozent auseinander. Was hat das Land zu dieser Zeit gemacht?

Wir haben dort, wo effizienter verwaltet und gestaltet wurde weniger gefördert und dort, wo uneffizienter gestaltet wurde mehr gefördert.

Das ist nicht verantwortlich. Jedes Kind ist gleich viel wert. Und deshalb ist es richtig, dass wir inzwischen genau diesen Maßstab ansetzen. Jetzt ist kommunale und Trägerverantwortung gefragt, um dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen.

Und ich ermuntere und fordere die Eltern auf: Nehmt Euch das Recht und schaut in die Strukturen. Wir haben es mit dem Gesetz neu festgelegt. Schaut Euch die Betriebswirtschaftlichkeit an. Lasst Euch zeigen, warum es in den anderen Kindergärten anders ist. Und wenn Ihr deutlich mehr zahlt, lasst Euch begründen warum das so ist. Vielleicht ist es ja gewollt, weil ein anderer Anspruch definiert wird. Aber schiebt nicht den „schwarzen Peter“ an das Land. Wir haben mit einer gemeinsamen Überzeugung auch gemeinschaftlich gehandelt. Und ich will eines sagen: Unter allen jungen Ländern leisten wir den höchsten Pro-Kopf-Förderbeitrag für unsere Kinder.

Das ist ein Wert, den wir bewusst leisten, weil wir wollen, dass Kinder in Familie und auch in Kindertageseinrichtungen exzellent betreut werden. Das heißt: Wir tun mehr für Familie durch die Familienoffensive. Das haben wir bewusst so gestaltet. Und das ist kein Kommunikationsproblem, sondern das ist eine Inhaltsfrage, die wir auch mit einer Inhaltsantwort belegt haben. Ich danke allen, die aktiv mitgestaltet haben, und ich wünsche uns, dass wir optimaler, objektiver und auch forscher in dieser Diskussion vorangehen.

Wir müssen uns nicht verstecken, ganz im Gegenteil. Es ist eine exzellente Familienoffensive, die genau das bewirkt, was wir wollen – mehr zu tun für Familie, mehr zu tun für Kinder in Thüringen.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren,  
natürlich muss man sich inhaltlich mit dem Volksbegehren auseinandersetzen, keine Frage. Das tun wir im Landtag, und das tun wir in den Debatten. Das tun wir in den Kindergärten in der Diskussion mit den Trägern. Aber wir haben die Aufgabe, unseren Verfassungsstaat zu schützen. Wenn in unserer Verfassung steht, Volksbegehren zum Landeshaushalt zu Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben und Personalentscheidung, sind unzulässig, dann ist das ein klarer Verfassungsauftrag. Wenn man in den Haushalt per Volksbegehren eingreifen möchte, 40 Millionen in den Landeshaushalt und etwa 60 Millionen in den Kommunalhaushalt, dann haben wir die Aufgabe als Regierung darauf zu achten, dass das Königsrecht der Gestaltung des Haushaltes auch beim Landtag bleibt. Ich wehre mich gegen die Aussage: Wir klagen gegen das Volk. Unsere Abgeordneten sind vom Volk gewählt und nehmen genau diese Verantwortung wahr und genau in dieser Verantwortung steht auch die Landesregierung.

Und jetzt gibt es weitere schwierige Probleme, die wir diskutieren und auch lösen werden. Das Hochschulgesetz steht kurz vor der Novelle und vor der Verabschiedung. Wir brauchen mehr Eigenständigkeit der Hochschulen. Wir brauchen auch mehr Mitverantwortung von Externen. Wir haben eine exzellente Hochschullandschaft, Fachhochschulen, Universitäten, eine tolle Berufsakademie. Wir haben eine sehr gute Forschungsinfrastruktur. Das alles sind Antreiber für unsere mittelständische Wirtschaft. Deshalb sind wir auch in der Wirtschaftsentwicklung mit Sachsen vorne in den neuen Ländern und inzwischen auch in einer Mittelgruppe der Bundesrepublik Deutschland. Aber das erhält man nicht automatisch, sondern man muss weitergehen. Man muss den Wettbewerb zwischen Hochschule und Universität deutlich erhöhen, damit aus diesem Wettbewerb mehr Leistungsfähigkeit wird. Das gibt immer Theater und Ärger.

Und da bin ich beim Stichwort Theater.

Orchester und Theater sind ein besonderer Wert in unserem Land, keine Frage. Aber wer glaubt, dass man eine „Zwangsruhe“ organisiert indem man feste Summen in bestimmte Orte gibt und sich dann über mehrere Jahre nicht mehr um die Qualität kümmert, der irrt. Was wir wollen, ist eine leistungsfähige Theater- und Orchesterlandschaft. Wir wollen, dass sie im Land und weit darüber hinaus ausstrahlt. Und deshalb wollen wir keinen Abbau, sondern wir wollen einen Aufbau an Qualität und Leistungsfähigkeit. Deshalb diskutieren wir derzeit mit den Trägern wie wir es erreichen können, dass wir nicht Ruhe erkaufen, sondern Qualität und Leistungssteigerung organisieren. Deshalb werden wir diesen Prozess zu Ende bringen, damit genau das gelingt, weiter eine qualitativ hochwertige Theater- und Orchesterlandschaft, eine, die wir uns leisten können und eine, die wir uns leisten wollen.

Dann haben wir das schwierige Thema „Kommunaler Finanzausgleich“ auf der Tagesordnung im nächsten Jahr. Das Verfassungsgericht hat uns eine noch nie gelöste Aufgabe in der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben. Wir werden sie lösen. Aber, wir brauchen dazu die Bereitschaft von kommunaler Seite, und ich bin dankbar, dass sowohl der Gemeinde- und Städtebund mit Michael Brychcy an der Spitze wie auch der Landkreistag mit Rüdiger Dohndorf an der Spitze an dieser Stelle sehr hilfreich sind.

Trotzdem werden wir im nächsten Jahr Entscheidungen fällen müssen, wie ein zukunftsfähiger ausgestalteter „Kommunaler Finanzausgleich“ im Konkreten aussieht.

Eines ist ganz sicher: Wir werden, weil es verbunden wird mit der Doppelhaushaltsdiskussion und mit einem ganzen Paket an Gesetzen, die wir verabschieden müssen, am Ende zur Aufgabenveränderung Kompromisse finden müssen. Aber drei wichtige Grundlinien stehen heute schon fest: Wir müssen unseren Haushalt weiter konsolidieren. Wir müssen zügig zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Die Schulden, die wir heute machen, belasten die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir werden es auch erreichen, spätestens im Jahr 2011/2012 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

Die zweite Linie: Ein fairer Ausgleich für die Aufgaben der Kommunen auch die Finanzierung zu sichern. Und die dritte wichtige Grundlage ist, dass wir die Aufgaben noch einmal neu definieren, um bürgernah und effizient zu handeln.

Wir haben, so meine ich, wenn wir in dieser Debatte die heutigen Reformschritte besprechen eine ganze Reihe von positiven Elementen, die wir in diese Diskussion mitnehmen dürfen. Erneut sind wir im Pisa-Ranking hervorragend bewertet worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum sind Bayern und Baden-Württemberg in den alten Ländern über Jahrzehnte erfolgreicher? Weil sie über Jahrzehnte die bildungspolitischen Ideologien nicht nachvollzogen haben, sondern weil sie bei einer klaren, strukturierten und leistungsfähigen Bildungsstruktur geblieben sind. Und Thüringen und Sachsen sind nicht umsonst nach diesen sechzehn Jahren unter den Ländern – der neuen Länder, aber auch insgesamt ist Deutschland – Spitze, weil sie ebenfalls klar strukturiert auf Leistung Wert gelegt haben. Deshalb ist es wichtig, diese Struktur weiter mit Qualität zu erfüllen. Eigenverantwortliche Schule und Qualität, das sind die Stichworte – auch hier, keine neuen Strukturdebatten. Wir brauchen keine Einheitsschule. Wir brauchen eine Schule, die differenziert, damit Elite möglich wird, weil Elite die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft ist.

Auch ein weiteres ganz wesentliches Feld für die Thüringer Politik ist und bleibt das Thema „Innere Sicherheit“. Wir sind in Deutschland hervorragend aufgestellt. Wir haben eine engagierte Thüringer Polizei. Wir haben engagierte Rettungskräfte. Wir haben sehr viel ehrenamtliches Engagement. Und deshalb bleiben wir auch als CDU Thüringen die Partei der „Inneren Sicherheit“. Ich danke von hier aus allen Polizistinnen und Polizisten und auch den ehrenamtlich Engagierten im Rettungsbereich für ihren Dienst für Thüringen.

Entscheidend ist auch die Wirtschaftsentwicklung. Wir sind ein attraktiver Investitionsstandort, das ist unstrittig. Ich konnte in dieser Woche in Jena die Wanne anklemmen, bei der in Zukunft Flachgläser der Generation 9 entwickelt werden, um dann im weltweiten Markt eingebracht zu werden – Hochtechnologie mitten in Jena.

Und wir haben vor wenigen Monaten den Grundstein für das Zukunftsprojekt N3 Lufthansa und Rolls Royce bei Arnstadt gelegt. Hier werden die Turbinen von Nordamerika, von Südamerika, von Nordafrika, von ganz Europa für den A 340 und zukünftig auch für den A 380 gewartet und saniert. Weitere Standorte sind nur in Asien. Und als der Vorsitzende des Lufthansa-Vorstandes, der Österreicher Herr Mayerhuber bei der Grundsteinlegung zum zweiten Mal in Thüringen war, hat er dort formuliert: „Ich kann all unseren Geschäftspartnern nur empfehlen, hier in Thüringen zu investieren. Es ist ein Standort erster Güte. Wir werden Thüringen auch anderen Investoren empfehlen.“

Wir haben eine starke leistungsfähige mittelständische Struktur. Wir haben aber auch starke Großunternehmen, die eine internationale Verbindung herstellen, und wir haben eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur. Das zusammen genommen mit der Leistungsfähigkeit der Thüringerinnen und Thüringer ist das beste Fundament für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Zukunftsfähigkeit Thüringens. Wir bleiben die Partei der Wirtschaft. Wir bleiben die Partei des Mittelstandes, weil das die Voraussetzungen Thüringens deutlich verbessert.

Und deshalb werden wir auch unsere Förderpolitik weiter auf die Aufgabe Wachstum für den Mittelstand konzentrieren. 99,7 Prozent unserer Thüringer Unternehmen haben unter 250 Beschäftigte. Ich denke, die Aufgabe, die sich daraus ergibt, ist offensichtlich. Wachstum im Mittelstand. Wie kann man junge Menschen, wie kann man Forschungseinrichtungen, wie kann man Hochschulen mit ihrem Forschungs- und Entwicklungspotential mit diesen mittelständischen Unternehmen, die sehr leistungsfähig sind, verbinden?

Das ist die erste wichtige Aufgabe der nächsten Förderstrategie. Genau an dieser Stelle sind wir aktiv.

Und wie kann man zum Zweiten die Internationalität dieser Unternehmen vergrößern? Deswegen fahre ich mit Wirtschaftsdelegationen nach Russland, nach Ungarn, nach Polen, nach Amerika, nach China, weil die Internationalität so entscheidend ist. Wir brauchen Netzwerke, nicht nur in Thüringen und Deutschland, sondern international.

Drittens und das ist eine ganz zentrale Aufgabe, bei der wir alle noch aktiver und erfolgreicher sein müssen. Wie schaffen wir es, dem drohenden Fachkräftemangel heute schon eine positive Antwort zu geben? Wir werden in den nächsten Jahren junge Menschen brauchen. Und deshalb brauchen wir auch die enge Verbindung mit der Wirtschaft, damit heute Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Wer heute nicht ausbildet, hat morgen auch keine Fachkräfte. Ich bin dankbar, dass so viele Thüringer Unternehmer richtigerweise viel ausbilden und auch an dieser Stelle sind wir Vorreiter in Deutschland.

Dass wir damit national auch einen guten Ruf erarbeitet haben, ist durch eine Entscheidung unterstrichen worden: das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut Professor Straubhaar wird Anfang nächsten Jahres in Thüringen eine Außenstelle des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes in Erfurt errichten. Ich bin Herrn Straubhaar und dem HWWI dankbar, aber es beweist auch unseren deutlich gewachsenen Ruf als Wirtschafts- und Zukunftsstandort Thüringen.

Dann kommt noch etwas hinzu das für Thüringen ein tolles Zukunftssignal ist. Wir werden ein Röpke-Institut gründen, auch Anfang nächsten Jahres. Röpke, einer der engsten Berater von Ludwig Erhard und von Konrad Adenauer, war einer, der die Soziale Marktwirtschaft mit entwickelt hat und der mit Thüringen eng verbunden ist. Nicht nur, weil er seine Familie in Thüringen gegründet hat, sondern, weil er auch als jüngster berufener Professor der Volkswirtschaft in Jena im Jahr 1924 seine Professur angetreten hat. Ein Mann, der eng mit der Geschichte Thüringens, mit der Volkswirtschaftsentwicklung des letzten Jahrhunderts und mit der Begründung der Sozialen Marktwirtschaft verbunden ist.

Ich bin stolz darauf, dass wir ein Röpke-Institut bekommen und damit deutlich machen können: Thüringen ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft.

Dass alles, was wir tun, auf Wertefundamenten basieren muss, das scheint uns in den letzten Monaten immer deutlicher. Wenn wir die Veränderungen, die um uns herum und

mit uns passieren, einfach schlaglichtartig nennen, dann wird die Herausforderung für Politik fundamental deutlich.

Die Globalisierung hat mit der Wiedervereinigung - mit dem Mauerfall eine neue deutliche Dynamik erhalten. Unsere Arbeit ist und bleibt zu teuer, weil der Sozialstaat an den Faktor Arbeit gekoppelt ist. Die Arbeitslosigkeit sinkt, aber sie steigt immer noch in den Bereichen, in denen weniger Qualifizierte, weniger Bildungsinteressierte Arbeit suchen. HARTZ IV hat sich zu einer Nische entwickelt, in der die Menschen abgestellt werden und keine Chance mehr haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Die Verschuldung aller Ebenen der Politik ist immer noch gigantisch hoch, trotz aller Anstrengungen, die wir unternehmen - 1,5 Billionen Euro - 700.000 Euro für jeden Deutschen vom Baby bis zum Greis. Das alles fordert die Politik und macht immer deutlicher: Wir müssen uns verändern. Wir müssen aber nicht unsere Grundwerte verändern, sondern wir müssen die politischen Ordnungsfragen neu beantworten. Es bleibt dabei als Union: Menschenwürde darf nicht in Frage stehen, weder am Anfang noch am Ende des Lebens. Menschenwürde kann man also nicht in einer globalisierten Welt neu beantworten, sondern Menschenwürde gilt weiter jeder Person, in jeder Phase seines Lebens. Es bleibt dabei: Freiheit hat keine neue Dimension in der Globalisierung, sondern sie macht sie am Einzelnen fest. Sie macht sie am Wirtschaftsunternehmen fest, und sie muss vom Staat, von der Gesellschaft gewährleistet werden.

Und Gerechtigkeit: Gerechtigkeit ist nicht, wenn man ein Höchstmaß an Verteilung organisiert und die Gesellschaft zu einem Höchstmaß an Gleichheit führt, sondern gerecht ist eine Gesellschaft, wenn sie die subsidiären Kräfte herausfordert und damit die Voraussetzungen sichert, die Solidarität in der Gesellschaft zu erhalten. Genau das sind die Grundprinzipien, die wir auch in unserer Programmatik wieder beschreiben. Wir müssen bei diesen Grundprinzipien bleiben, weil in der globalisierten Gesellschaft ein Staat nicht zum Verteilungsstaat werden darf.

Wenn wir in unserer Gesellschaft nicht die Kräfte mobilisieren und die Leistungsfähigkeit herausfordern, die jeder in der Lage ist zu erbringen, dann werden wir auch nicht die Solidarität sichern, die notwendig ist, um Schwachen und in Not Geratenen zu helfen. Solidarität und Subsidiarität sind zwei Seiten einer Medaille, und sie sind Voraussetzung, damit Gerechtigkeit gelingt. Das wird in der Union auch deutlich gesagt: Es darf nicht zu

Neid- und Verteilungsdebatten kommen, sondern wir müssen zu Zukunftsdebatten in Deutschland kommen und die Antworten auf die Fragen unserer Zeit auch richtig geben.

Und deshalb ist es wichtig, dass wir die Programmdebatte in Deutschland, in Thüringen führen. Wir haben doch erfahren, gerade hier in Thüringen mit der Wiedervereinigung, wie wichtig es ist, die Kräfte unseres Landes wieder herauszufordern. Wir haben doch erfahren, was es heißt, Leistungsträger zu verlieren.

6 Millionen Menschen haben nach dem 2. Weltkrieg diesen Teil Deutschlands verlassen. Warum ist denn dieses Land auch so ein Stück weit heruntergekommen, weil die Kommunisten nicht in der Lage waren, die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft herauszufordern.

Wenn man auf Egalität setzt, auf Gleichheit, dann hat man vielleicht kurzfristig einen Stimmungserfolg, mittel- und langfristig ruiniert das die Gesellschaft. Die Schwachen werden einen Vorteil haben, wenn die Starken in der Gesellschaft angenommen sind und wenn sie gefördert werden. Die Union ist immer die Union der sozialen Schichten gewesen, immer die Union der Landschaften, immer die Union der Konzeptionen. Und wir sollten uns weder von innen noch von außen einreden lassen, wir würden die Gerechtigkeit nicht mehr gewährleisten. Diejenigen, die auf Gleichheit setzen, auf Neid setzen, auf oben und unten setzen, die gefährden die Gerechtigkeit. Wir sorgen dafür, dass die Leistung mit der Solidarität verbunden bleibt.

Und deshalb auch die Überlegung: Wie kann die Ordnungspolitik im nächsten Jahrzehnt aussehen? Weil ich ganz fest überzeugt bin, dass es nicht so weitergehen kann wie derzeit. Wir werden die Probleme in unserer Gesellschaft nicht lösen weder im Sozialstaat noch im Blick auf die Wirtschaft, wenn wir unsere Ordnung nicht weiterentwickeln. Das, was in den fünfziger Jahren richtig war, ist nicht automatisch auch im Jahr 2006 richtig.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf auch nicht, wenn man zurückschaut, dann diejenigen kritisieren, die möglicherweise Verantwortung getragen haben, sondern man muss nach vorne schauen. Das „Solidarische Bürgergeld“ will für die Zukunft wieder Gemeinschaft bilden in unserem Land. Wenn wir mit einer Menge Staat, mit einem großen Interventionssystem, mit sehr viel Bürokratie – bei HARTZ IV wird es deutlich – versuchen, die Menschen zu ihrem Glück zu zwingen – und spüren, das genau das Gegenteil passiert – dann muss man etwas ändern. Wir müssen etwas ändern. Wir müssen den Arbeitsmarkt wieder zu einem wirklichen Arbeitsmarkt entwickeln, damit die

Arbeit auch beim Menschen ankommt. Damit sie sich auch wieder als Arbeitskraft im Arbeitsmarkt verdingen können. Und deshalb muss es zu einer weiteren Ausdifferenzierung im Einkommensbereich kommen. Es muss zu einer stärkeren Differenzierung in den sozialen Sicherungssystemen kommen. Deshalb müssen wir eine Grundsolidarität definieren, damit wir nicht durch immer mehr Staat am Ende versuchen die Lösung zu organisieren, sondern damit wir durch weniger Staat versuchen, eine Dynamik in unserer Wachstumsentwicklung zu erreichen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für möglichst viele wieder erhöht. Ich bleibe dabei: Wir werden in den nächsten Jahren solche Antworten suchen müssen, damit wir die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft sichern.

Ich bin dankbar, dass die Diskussion in Gang ist. Ich will auch nicht morgen eine Entscheidung. Wir brauchen eine Gesellschaftsdiskussion darüber. Man kann auf das nächste Jahr schauen, auf das übernächste, da mag man mit den heutigen Reformen auch erfolgreich sein, aber nicht in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren. Und ich hätte gern, dass wir auch auf die nächsten zwanzig, dreißig Jahre schauen, weil das unsere Zeit ist, aber auch die Zeit unserer Kinder. Und Ordnungspolitik macht sich nicht nur an Wahlperioden fest, sondern geht weit darüber hinaus.

Ich bedanke mich sehr, dass wir in unserer Arbeit im letzten Jahr, in den letzten zwei Jahren als Landesvorstand und ich als Landesvorsitzender so aktiv unterstützt worden bin. Ich bedanke mich sehr, dass Bernhard Vogel sich weiter aktiv in Thüringen einbringt. Er hat die Fundamente für den Erfolg dieses Landes entscheidend geprägt. Und lieber Bernd, danke, dass Du auch heute dabei bist und deutlich machst, dass Du zu uns gehörst. Aber auch, dass Du in der ganzen Zeit zwischendurch immer wieder in Thüringen Deine Kraft einbringst zur guten Zukunft dieses Landes.

Und ich danke meinen Stellvertretern: Birgit Diezel, Andreas Trautvetter, Manfred Ruge, der heute nicht mehr kandidiert, der aber weiter im Vorstand mitarbeiten will, denn diese Arbeit war eine Gemeinschaftsarbeit, die wir geleistet haben. Ich danke auch dem Schatzmeister Michael Schneider. Wir sind, so glaube ich, ein gutes Team, das in der Lage ist, auch gemeinsam Entscheidungen zu fällen und sie dann gemeinsam zu tragen.

Ich danke ganz besonders den vielen Kommunalen.

Natürlich sind die Kommunalwahlen enttäuschend gewesen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dort, wo Generationenwechsel in den kreisfreien Städten angestanden haben oder dort, wo wir kandidiert haben, ebenfalls erfolgreich gewesen wären.

Wir haben festgestellt wie bei den Stichwahlen am Ende Rot-Rot durchgegangen ist. Und umso mehr müssen wir darauf achten, dass wir die kommunale Basis erhalten. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass wir in den Gemeinden, in den Landkreisen erfolgreich bleiben, damit wir die Kraft auch wieder stärken, am Ende in den kreisfreien Städten erfolgreich zu sein.

Dennoch: Wir haben etwas geschafft. Dass wir in den Landkreisen so erfolgreich sind, dass Landräte von uns wieder Landräte sind, und dass wir einen Generationswechsel haben – von Jürgen Mascher zu Andreas Heller, von Lutz-Rainer Senglaub zu Benno Kaufhold und von Martin Kaspari zu Reinhard Krebs. Das ist ein Beweis, dass wir als Union tief verwurzelt sind und dass unsere Verantwortlichen auch in der Lage sind, die Weichen für die Zukunft gut zu stellen. Ich danke den Landräten, die bisher im Amt waren, und ich wünsche den neuen Landräten, dass sie mit gleichem Erfolg ihre Landkreise weiterführen.

Und auch das will ich sagen: Wir haben zusätzliche Erfolge. Dass Christine Zitzmann Landrätin in Sonneberg und dass Conny Gießmann jetzt Landrätin im Landkreis Gotha ist, in denen die SPD viele Jahre regiert hat. Das ist der Beweis: Wir können auch zurückgewinnen. Es gibt Rückenwind für die Zukunft. Ihr habt unsere Unterstützung, wir brauchen eure Unterstützung. In diesen beiden Landkreisen wurde deutlich: Wir können auch wieder dort gewinnen, wo wir in den letzten Jahren nicht erfolgreich waren. Das gibt uns Mut und Optimismus.

Ich danke unseren Vereinigungen. Eine Volkspartei braucht kritische Stimmen, braucht Mitglieder, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen heraus helfen, Diskussionen zu führen, um auch Vermittlungsprozesse zu organisieren. Eine aktive Junge Union unter Mario Voigt. Einem aktiven RCDS, der es zurzeit nicht einfach hat, mit Michael Hose an der Spitze.

Ich danke der Frauen Union mit Christina Tasch an der Spitze. Dem CDA mit Gustav Bergemann, der sich gerade in dieser Gerechtigkeitsdiskussion, meine ich, als CDA-Führer hier in Thüringen exzellent eingebracht hat und auch auf Bundesebene.

Ich danke der Mittelstandsvereinigung mit Steffen Peschke und auch dem Wirtschaftsrat und der KPV mit Willi Böck. Und natürlich auch dem Evangelischen Arbeitskreis mit Martin Göttsching.

All diese Vereinigungen und Gruppen sind deshalb wichtig, weil wir wieder Menschen stärker an uns binden müssen. Wir können nur Volkspartei bleiben, wenn wir auch frei mit dem Volk verwurzelt sind. Wir wollen das und deshalb bin ich auch dankbar, dass wir bei allen Mitgliedsproblemen, auch wieder positive Entwicklungen – wie wir in zwei Kreisverbänden gestern feststellten, haben. Und ich bitte Sie alle, werben Sie mit, dass junge Leute zu uns kommen. Diese Union ist zukunftsfähig. Und das tun Sie dann am aller besten, wenn Sie alle und wir alle auch nach innen wie nach außen deutlich machen, dass wir uns gegenseitig vertrauen und gegenseitig helfen.

So wie wir untereinander und miteinander umgehen, werden wir anziehend sein für neue Mitglieder. Und werben Sie bitte, denn wir haben in sechzehn Jahren viel erreicht. Wir wollen, dass auf diesem Fundament weiter aufgebaut wird. Dazu brauchen wir viele Mitglieder, die aktiv und auch inhaltlich mitarbeiten. Werben Sie um Mitgliedschaft in der CDU Thüringen.

Ich danke natürlich sehr der Fraktion. Mit Christine Lieberknecht eine Fraktionsvorsitzende zu haben, die viel Erfahrungen hat in Ministerämtern, in der Fraktion und auch als Landtagspräsidentin ist sie exzellent. Wir haben nicht immer einfache Aufgaben. Denn die Interessen, die Regionen, all das zusammen zu bringen, ist schwierig. Wir haben eine knappe absolute Mehrheit. Aber wir haben in den zweieinhalb Jahren bewiesen, dass wir zusammenstehen. Und deshalb danke ich für mich persönlich, aber auch für das ganze Kabinett, dass wir in so einer Gemeinschaft auch dieses Land führen. Und ich hoffe, dass uns auch in den nächsten zweieinhalb Jahren diese Geschlossenheit trägt. Sie ist Voraussetzung für den Wahlerfolg 2009.

Ich danke natürlich unseren Bundestagsabgeordneten. Manfred Grund ist nach China gereist und wird dort Vorlesungen halten. Er konnte deshalb leider heute nicht hier sein. Ich danke aber auch Bernd Müller und all den anderen, die heute da sind. Ich danke auch unseren Europäern: Rolf Berend und Dieter-Lebrecht Koch. Sie haben in dem Netzwerk wichtige Aufgaben, denn wir sind als Union wirklich eine Europapartei. Wir sind Partei der Deutschen Einheit, und wir sind Partei der Gestaltung in einem Land wie Thüringen. Und

deshalb ist es gut, dass wir auf all diesen Ebenen erfahrene Politikerinnen und Politiker haben, die mit uns gemeinsam gestalten.

Und lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, der in den letzten Wochen besonders wichtig war. Wir sind auch eine Partei, die für die Demokratie streitet, weil wir erfahren haben wie wichtig es ist, dass die Demokratie im Herzen und auch im Verstand der Menschen tief verwurzelt ist. Dass es Probleme in der Akzeptanz der Demokratie gibt, wissen Sie alle. Der Thüringen Monitor gibt davon regelmäßig Ausdruck. Aber diese Demokratie ist durch nichts zu ersetzen, auch wenn sie eine Staatsform ist, die komplizierter ist, weil viele mitsprechen können und auch mitsprechen sollen, ist sie ein besonders hoher Wert für uns. Dazu gehört die Verantwortung in den Parlamenten, die Verantwortung der Justiz - um den Rechtsstaat zu sichern - und dazu gehört auch die Verantwortung von Regierungen. Und deshalb werden wir mit allem Nachdruck und mit aller Konsequenz in den nächsten Jahren weiter dafür sorgen, dass weder von Rechts, noch von Links diese Demokratie gefährdet wird. Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft, und wir werden ihm mit aller Konsequenz begegnen. Wir wollen nicht, dass diese Demokratie gefährdet wird. Wir vertrauen auf diese Demokratie, und wir gestalten die Demokratie.

Wenn man das will, muss man die Gruppen, die für die Demokratie stark sind, in einer Gesellschaft stärken, aber man muss auch die Feinde der Demokratie bekämpfen. Und man muss etwas Drittes tun: Die Geschichte weiter lernen. Unser Einsatz für das „Stasi-Unterlagengesetz“ Hildigund Neubert ist hier, die Tag für Tag diese Diskussionen führt, ist auch ein Einsatz für die Demokratie, denn wir haben nicht vergessen wie in der DDR-Zeit Freiheit und Recht mit Füßen getreten worden sind. Deshalb ist unsere Position immer zuallererst bei den Opfern. Und wenn man bei den Opfern steht, muss man die Täter auch weiter bekämpfen, und muss man auch dafür sorgen, dass sie keine Verantwortung in unserem Land übernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
dass wir heute mit Kurt Biedenkopf einen Freund und Nachbarn bei uns haben, ist für mich und für uns alle eine besondere Ehre.

Er hat mit Bernhard Vogel in Gemeinsamkeit diese beiden Länder hervorragend gestaltet. Die Fundamente sind gut, die Orientierungen klar. Und auch wenn wir einige Probleme haben, kann man von diesen Fundamenten aus gemeinsam auch die Probleme lösen.

Ich habe ihn aber auch aus einem anderen Grund eingeladen. Ab den siebziger Jahren war Kurt Biedenkopf einer, der deutlich die Probleme unserer Gesellschaft für die Zukunft benannt hat: Die Demographie, die Frage der Alterung unserer Gesellschaft und die Herausforderungen, die daraus für den Sozialstaat abzuleiten sind. Die Globalisierung mit einer ganz neuen Herausforderung an die Ordnungspolitik. All das hat er offen und immer wieder deutlich angemahnt. Er war oft ein einsamer Rufer in der Wüste. Häufig hat sich die frühere Bundesrepublik Deutschland darauf bezogen, es wird schon gut weitergehen. Es geht aber nicht gut weiter, wenn wir uns nicht ändern. Und deshalb bin ich dankbar, dass er in seinem jüngsten Buch: „Die Ausbeutung der Enkel. Plädoyer für die Rückkehr zur Vernunft“ auf genau diese Geschichte verwiesen und als Zukunftsperspektive ein klares Programm entworfen hat. Denn meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht durch den „Kopf in den Sand stecken“ oder durch das Motto „alles bleibt so wie es ist“, gewinnt man Zukunft, sondern indem man die Veränderungen aufnimmt und aus einer Überzeugung, die uns als christliche Demokraten trägt, für die Lösung der Probleme sorgt.

Deshalb bin ich dankbar, dass er hier ist als Freund und als Nachbar, als einer, der gezeigt hat, wie man in einem Land Zukunft gestaltet, aber auch als einer, der in der Partei der Union immer gezeigt hat: Wir brauchen Veränderungen, damit wir Zukunft erhalten.

Schönen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Wir haben ein wunderbares Land, das muss ich Ihnen und uns nicht bestätigen. Das sieht man hier in Dermbach, hier in der Rhön. Das sieht man an allen anderen Stellen. Wir haben ein Land, das in der Mitte Deutschlands wieder einen guten Ruf hat. Wir werden im nächsten Jahr der Heiligen Elisabeth gedenken. Wir werden deutlich machen können wie stark auch dieses Land europäisch verwoben ist. Wie stark dieses Land auch aus der Tradition heraus wirtschaftlich, industriell und im Blick auf die Wissenschaft geprägt ist. Wir haben ein infrastrukturell hervorragend erschlossenes Land: Die A 71, 73, die 38, die ausgebauten A 4 und A 9. Wir haben ein Land, das in den letzten sechzehn Jahren die wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse so gemeistert hat, dass darauf Zukunft möglich ist. Und wir haben ein Land, das aufgrund der Veränderungen in den letzten Jahren auch Chancen bekommen hat. Neue Chancen in Deutschland und Europa, Anziehungskraft zu entwickeln durch Landschaft, durch Kultur, durch Sport, durch das,

was die Menschen ausmacht in ihrer Verbindung zu unserem Land. Aber wir haben auch ein Land, das in einer freiheitlichen Gesellschaft im freien Europa und in der freien Welt diese Chancen nur nutzen kann, wenn wir uns verändern. Wenn wir uns nicht einfach nur in die Zukunft hineinbegeben, sondern wenn wir gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Kraft in diesem Land ausreicht und gut vorhanden ist diese Gestaltungsaufgabe zu übernehmen, davon bin ich tief überzeugt.

Aber wir als Union müssen die Programmatik dazu entwickeln und die Entscheidungen dazu fällen, dass eine solche Zukunft auch gestaltet wird. Und deshalb sollten wir so wie in den letzten sechzehn Jahren auch loyal mit Liebe zum Land und untereinander mit einem hohen Maß an Vertrauen unsere jeweilige Verantwortung tragen. Denn jeder, der Verantwortung trägt, diese Verantwortung in den Mittelpunkt seiner persönlichen Arbeit stellt, und nicht zuerst fragt, was tut der andere und tut er es richtig, sondern zuerst fragt, was ist meine Verantwortung und die dann auch wahrnimmt. Dann werden wir weiter gut vorankommen. Dann werden wir im nächsten Jahr die schwierigen Aufgaben lösen, die vor uns stehen, dann werden wir in Gemeinschaft in den nächsten zweieinhalb Jahren so stark bleiben, dass wir im Jahr 2009 in der Verantwortung bleiben, weil die Thüringerinnen und Thüringer keinen Populismus wollen, sondern sie wollen harte Arbeit für dieses Land.

Ich bin dazu weiter bereit, vielen Dank.